

Positionspapier

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Klimaschutzprogramm 2023 der Bundesregierung

Vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung zum Klimaschutzprogramm 2023 wird deutlich, dass Deutschland vor der anspruchsvollen Aufgabe steht, bereits bestehende gesetzliche Verpflichtungen aus früheren Legislaturperioden in einem sehr engen Zeitrahmen umzusetzen. Der derzeitige energie- und klimapolitische Kurs stellt hierfür eine wichtige Grundlage dar, macht aber zugleich sichtbar, wie ambitioniert die Zielsetzungen entlang der zeitlichen Achse ausgestaltet sind. Parallel dazu nimmt der Handlungsdruck zu, da bei weiteren Verzögerungen potenziell finanzielle Belastungen auf EU-Ebene entstehen können. Aus Sicht des Mittelstands erscheint es daher sinnvoll, begrenzte öffentliche Mittel vorrangig in den Aufbau zukunftsfähiger, resilienter und wettbewerbsstärkender Strukturen zu investieren, um langfristig wirtschaftliche Stabilität und Transformation gleichermaßen zu unterstützen.

Der BVMW betont ausdrücklich: Klimaschutz ist notwendig und wirtschaftlich sinnvoll. Energiepolitik darf jedoch nicht auf Umweltpolitik verengt werden. Sie ist zugleich Industriepolitik, Standortpolitik und sicherheitspolitische Grundfrage. Eine dauerhaft erfolgreiche Transformation erfordert ein ausgewogenes Gesamtsystem aus Klimaschutz, Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz. Die derzeitige Entwicklung zeigt jedoch, dass sich das deutsche Energiesystem zunehmend an der Belastungsgrenze bewegt und notwendige Korrekturen keinen weiteren Aufschub dulden.

In den vergangenen Jahren wurde die Energiepolitik in Deutschland über mehrere Legislaturperioden hinweg zunehmend auf formale CO₂-Zielerreichung fokussiert, ohne die hohe Systemkomplexität zwischen Energieerzeugung, Netzinfrastruktur, industrieller Wertschöpfung und Wohlstand ausreichend zu berücksichtigen. Investitionen in gesicherte Erzeugung, Netze, Speicher, Resilienz und Systemstabilität hielten mit den politischen Zielsetzungen nicht Schritt. Das Energiesystem wurde auf Effizienz unter Idealbedingungen optimiert – nicht auf Robustheit unter realen wirtschaftlichen und geopolitischen Rahmenbedingungen.

Die Folgen sind sichtbar: steigende Energiepreise, hohe Systemeingriffe zur Netzstabilisierung, wachsende Abhängigkeiten von Importen sowie eine zunehmend fragile Infrastruktur. Gleichzeitig verschärfen geopolitische Spannungen und neue Bedrohungslagen die sicherheitspolitische Dimension der Energieversorgung. Ein Energiesystem ohne ausreichende Redundanzen ist nicht nur wirtschaftlich ineffizient, sondern auch sicherheitspolitisch hochgradig anfällig. Die Resilienz kritischer Infrastrukturen muss daher integraler Bestandteil jeder zukunftsfähigen Energiepolitik sein.

Die vielfach beklagte Abwanderung von Produktion ist dabei nicht primär eine Folge ambitionierter Klimaziele, sondern Ausdruck struktureller Fehlregulierungen, hoher Kosten, unklarer politischer Signale und mangelnder Planungssicherheit. Dauerhaft hohe Energiepreise und regulatorische Unsicherheit bremsen Investitionen und beschleunigen Standortverlagerungen. Studien zeigen, dass Wertschöpfung und industrielle Basis in Deutschland zunehmend verloren gehen – mit gravierenden Folgen für Beschäftigung, Innovation und gesellschaftlichen Wohlstand.

Besonders problematisch ist, dass Emissionen durch Produktionsverlagerungen lediglich ins Ausland verlagert werden, häufig in Regionen mit niedrigeren Umwelt- und Effizienzstandards. Global wird dem Klima damit kaum gedient, während Deutschland industrielle Substanz verliert. Klimapolitik, deren Zielerreichung faktisch auf Produktionsverlagerung hinausläuft, ist weder ökologisch wirksam noch industriepolitisch verantwortbar. Klimaschutz ohne industrielle Basis ist nicht nachhaltig.

Der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) ist grundsätzlich ein geeignetes Instrument zur Vermeidung von Carbon Leakage, weist in seiner aktuellen Ausgestaltung jedoch strukturelle Schwächen auf. Die Fokussierung auf direkte Prozessemissionen (Scope 1) eröffnet Umgehungsmöglichkeiten entlang der Wertschöpfungskette und verzerrt Emissionsbilanzen, ohne globale Emissionen wirksam zu senken.

Für eine höhere klimapolitische Wirksamkeit sollte CBAM perspektivisch um relevante vorgelagerte Emissionen erweitert werden – pragmatisch etwa über belastbare Schätzwerte mit Sicherheitsaufschlägen. Klimaschutz muss dort ansetzen, wo Emissionen real entstehen, und ökonomische Anreize richtig setzen: Wer die Kosten trägt, steuert letztlich das Verhalten.

Der Mittelstand braucht deshalb vor allem eines: Planungssicherheit. Klare, realistische und langfristig verlässliche Ziele sowie stabile politische Rahmenbedingungen sind die Voraussetzung dafür, dass Unternehmen investieren, Innovationen entwickeln und Klimaschutz effizient umsetzen können. Fehlende Planungssicherheit ist aktuell eines der größten Hemmnisse für wirksamen Klimaschutz aus der Wirtschaft heraus.

Der BVMW spricht sich für einen ordnungspolitischen Ansatz aus, der auf marktwirtschaftliche Instrumente statt auf staatliches Mikromanagement setzt. Die Politik definiert ambitionierte, aber erreichbare Ziele. Die Umsetzung sollte technologieoffen erfolgen und den Unternehmen überlassen bleiben – etwa über verlässliche CO₂-Preissignale und wettbewerbliche Mechanismen. Unternehmerische Lösungen sind effizienter, innovativer und resilienter als planwirtschaftliche Detailsteuerung.

Zugleich muss der Ausbau erneuerbarer Energien, der Netzinfrastruktur und klimarelevanter Industrieanlagen deutlich beschleunigt werden. Überlange Genehmigungsverfahren, unverhältnismäßige Klagehemmnisse und mangelnde Koordination

gefährden die Erreichung der Ziele ebenso wie die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Transformation. Klimaschutz, Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Stabilität müssen als gleichrangige öffentliche Interessen behandelt werden.

Vor diesem Hintergrund hält der BVMW eine Überprüfung einzelner überambitionierter, rein arithmetischer Zielpfade für erforderlich – nicht um Klimaschutz aufzugeben, sondern um ihn realistisch, resilient und tatsächlich wirksam zu gestalten. Eine weitere nationale Verschärfung ohne systemische Koordination, ausreichende Infrastruktur und industriepolitische Flankierung würde irreversible Standort Schäden verursachen und das Vertrauen von Unternehmen nachhaltig untergraben.

Fazit:

Die Energiewende kann nur dann gelingen, wenn sie wirtschaftlich tragfähig, technologisch offen und industriepolitisch klug gestaltet wird. Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Eine erfolgreiche Energiewende stärkt den Wirtschaftsstandort, sichert Wohlstand und macht Deutschland zum glaubwürdigen Vorbild für internationalen Klimaschutz. Der Mittelstand ist bereit, diesen Weg aktiv mitzugestalten – vorausgesetzt, die politischen Rahmenbedingungen ermöglichen Investitionen, Innovation und unternehmerische Verantwortung.

Der Mittelstand. BVMW vertritt mit seinen rund 28.000 Mitgliedern in Politik, Medien und Gesellschaft erfolgreich die Interessen des Mittelstands. Mit rund 200 Geschäftsstellen bundesweit und über 85 eigenen Auslandsbüros ist der BVMW national sowie international präsent.

Kontakt

Der Mittelstand. BVMW e.V., Politik Inland
Potsdamer Straße 7, 10785 Berlin
Telefon: + 49 30 533206-0, Telefax: +49 30 533206-50
E-Mail: politik@bvmw.de; Social Media: @MittelstandBVMW